

Asylbewerberleistungsgesetz: AsylbLG

Siefert

3. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-81207-1
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Siefert
Asylbewerberleistungsgesetz


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Asylbewerber- leistungsgesetz

Kommentar

Herausgegeben von

Jutta Siefert

Richterin am Bundessozialgericht, Kassel

Bearbeitet von der Herausgeberin und

Franz Wilhelm Dollinger

Richter am
Bundesverwaltungsgericht, Leipzig

Karen Krauß

Vors. Richterin am
Bundessozialgericht, Kassel

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
3. Auflage 2025



C.H. BECK

Zitiervorschlag:
Siefert/Krauß § 15 Rn. 11


beck.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN 978 3 406 81207 1

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH,
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 3. Auflage

Kaum waren die vielfältigen Änderungen im Asylbewerberleistungsgesetz durch die Gesetzesflut des Jahres 2016 in der Praxis angekommen, erteilte das Asylbewerberleistungsrecht im Jahr 2019 ein weiterer „Doppelschlag“: Das Dritte Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 13.8.2019 und das Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht vom 15.8.2019 führten mit Wirkung vom 21.8. bzw. 1.9.2019 erneut zu weitreichenden Veränderungen (vgl. §§ 2, 3, 3a) und Verschärfungen (insbesondere § 1a) im Leistungsrecht. Die systematische Zuordnung der Geflüchteten aus der Ukraine zum AsylbLG war zwar nur vorübergehend, rief aber ebenso Änderungen des Gesetzes hervor wie die wirtschaftlichen Folgen des Krieges für die Lebenshaltungskosten in Deutschland (Stichwort: Einmalzahlungen). Zuletzt veränderten drei Gesetze des Jahres 2024 das Leistungssystem: Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Rückführung vom Februar 2024 wurde die Wartezeit für den Bezug von sog. Analogleistungen nach § 2 AsylbLG von 18 auf 36 Monate angehoben worden. Zugleich ist mit § 20 AsylbLG eine begünstigende Übergangsregelung für diejenigen Leistungsberechtigten getroffen worden, die bereits vor Inkrafttreten der Neuregelung Analogleistungen bezogen haben. Mit dem Gesetz zur Anpassung von Datenübermittlungsvorschriften im Ausländer- und Sozialrecht vom 8.5.2024 wurde ua. die Möglichkeit der Leistungserbringung in der Form von Bezahlkarten eingeführt; in Folge des islamistischen Anschlags im August 2024 in Solingen wurden zuletzt mit dem Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems vom Oktober 2024 vollziehbar Ausreisepflichtige, die unter die sog. Dublin-III-Regelungen fallen, von Leistungen nach dem AsylbLG ausgeschlossen. Ihnen steht lediglich ein Anspruch auf Überbrückungsleistungen zu. Diese Änderungen sind in der vorliegenden Kommentierung bereits aufgenommen. Bei allen Änderungen des Gesetzes bleibt es an vielen Stellen weiterhin lückenhaft und blieb auch bis zum Erscheinen dieser Neuauflage die Frage ungeklärt, ob und unter welchen Voraussetzungen die Leistungseinschränkungen nach § 1a AsylbLG der Verfassung genügen.

Vor diesem Hintergrund unternimmt dieser Kommentar – weiterhin – den Versuch, das komplexe, mit dem Ausländerrecht eng verschränkte Leistungsrecht des AsylbLG praxisgerecht darzustellen und zu erläutern.

Kassel, im März 2025

Jutta Siefert

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Im Einzelnen haben bearbeitet:

§ 1	Dollinger
§ 1a	Siefert
§ 2	Krauß
§§ 3, 3a	Siefert
§ 4	Krauß
§§ 5–5b	Siefert
§§ 6–7	Krauß
§§ 7a, 8	Dollinger
§§ 8a–10b	Siefert
§§ 11, 12	Dollinger
§§ 13, 14	Siefert
§ 15	Krauß
§ 16, 17	Siefert
§ 18	Dollinger
§ 19	Siefert
§ 20	Krauß


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	V
Im Einzelnen haben bearbeitet:	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXVII

Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

§ 1 Leistungsberechtigte (<i>Dollinger</i>)	1
I. Geltende Fassung	3
II. Normzweck	7
1. Nationale Sicht	7
2. Unionsrechtliche Sicht	10
3. Völkerrechtliche Sicht	16
III. Gesetzliche Systematik	18
IV. Erfasster Personenkreis (Abs. 1)	18
1. Gruppenbildung	18
2. Die einzelnen Leistungsberechtigten	22
V. Privilegierter Personenkreis (Abs. 2)	40
VI. Ende der Leistungsberechtigung nach Abs. 3 S. 1	40
VII. Ende der Leistungsberechtigung nach Abs. 3 S. 2	43
VIII. Leistungsausschluss und ukrainische Flüchtlinge nach Abs. 3a	44
IX. Leistungseinschränkungen nach Abs. 4	44
1. Grundsatz (Satz 1)	44
2. Überbrückungsleistungen (Sätze 2–5)	46
3. Härtefalleistungen (Satz 6)	47
4. Rückreisekosten	50
§ 1a Anspruchseinschränkung (<i>Siefert</i>)	50
I. Geltende Fassung	54
II. Normzweck	55
III. Umfang des Leistungsanspruchs	56
IV. Leistungsanspruch vollziehbar Ausreisepflichtiger – Abs. 1	60
1. Erfasster Personenkreis	60
2. Erfasstes Verhalten	61
3. Leistungsanspruch	63
4. Ausnahme von der Anspruchseinschränkung	64
5. Dauer der Anspruchseinschränkung	65
V. Leistungsbezug als Einreisezweck – Abs. 2	65
1. Erfasster Personenkreis	65
2. Finaler Bezug zwischen Einreise und Leistungsbezug	65
3. Umfang des Leistungsanspruchs	68
4. Verfassungsmäßigkeit der Anspruchseinschränkung	69
VI. Abs. 3 – aufenthaltsbeendende Maßnahmen	70
1. Erfasster Personenkreis	70
2. Zu vertretendes Verhalten	71
3. Leistungsumfang	73

Inhaltsverzeichnis

VII. Abs. 4 – Zuständigkeit eines anderen EU-Mitgliedsstaates	73
1. Erfasster Personenkreis	73
2. Anknüpfungstatbestand der Leistungseinschränkung	75
3. Leistungsumfang	77
VIII. Absatz 5	77
1. Erfasster Personenkreis	77
2. Ziel der Regelung	78
3. Vertretenmüssen oder wichtiger Grund	79
4. Zu vertretendes Verhalten	79
5. Leistungsumfang	83
6. Dauer der Leistungseinschränkung	84
IX. Abs. 6 – Verschwiegenes Vermögen	84
1. Erfasster Personenkreis	84
2. Normzweck	85
3. Erfasstes Verhalten und Dauer der Leistungseinschränkung	85
X. Abs. 7 – unzulässiger Asylantrag und Abschiebungsanordnung	86
1. Erfasster Personenkreis	86
2. Missbilligtes „Verhalten“	86
§ 2 Leistungen in besonderen Fällen (Krauß)	89
I. Geltende Fassung	91
II. Normzweck	93
III. Persönlicher Anwendungsbereich	95
IV. Wartefrist	96
1. Die Entwicklung von Abs. 1 Hs. 1 hin zur Wartefrist	96
2. Die Bestimmung der Frist durch den Gesetzgeber	97
3. Der Lauf der Frist	102
V. Rechtsmissbräuchliche Beeinflussung der Aufenthaltsdauer	105
1. Grundsätze	105
2. Objektiver Missbrauchstatbestand	109
3. Subjektiver Tatbestand	113
VI. Leistungsgewährung in entsprechender Anwendung des SGB XII ..	114
1. Grundsätze	114
2. Abweichende Regelbedarfe (Abs. 1 S. 4)	117
3. Sonderregelungen für Auszubildende (Abs. 1 Satz 2 und 3)	119
VII. Leistungserbringung (Abs. 2)	123
1. Leistungserbringung in Gemeinschaftsunterkünften	123
2. Leistungserbringung mittels Bezahlkarte	125
VIII. Sonderregelung für Minderjährige (Abs. 3)	128
§ 3 Grundleistungen (Siefert)	130
I. Geltende Fassung	131
II. Normzweck	135
III. Notwendiger und notwendiger persönlicher Bedarf – Absatz 1	137
1. Notwendiger Bedarf	137
2. Notwendiger persönlicher Bedarf	137
IV. Art der Leistungserbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen – Abs. 3	138
1. Allgemeines	138
2. Bedarfe für Unterkunft, Heizung, Hausrat, Wohnungsinstandhaltung, Haushaltsenergie (Abs. 3 Satz 2)	141

3. Wohnungsinstandhaltung und Haushaltsenergie	145
4. Notwendiger persönlicher Bedarf	146
V. Art der Leistungserbringung in Aufnahmeeinrichtungen Absatz 2 ..	148
1. Notwendiger Bedarf	148
2. Notwendiger persönlicher Bedarf	148
VI. Bedarfe für Bildung und soziale Teilhabe – Abs. 4 und Abs. 4a	151
VII. Auszahlungsmodalitäten	154
§ 3a Bedarfssätze der Grundleistungen (Siefert)	156
I. Geltende Fassung	158
II. Normzweck	158
III. Notwendiger persönlicher Bedarf – Abs. 1	159
1. Systematik	159
2. Bedarfsstufen	163
IV. Notwendiger Bedarf – Abs. 2	168
1. Systematik	168
2. Bedarfsstufen	169
V. Höhe der Geldleistungen	169
1. Allgemeines	169
2. Umsetzung für das AsylbLG	170
VI. Notwendiger persönlicher Bedarf in Untersuchungs- oder Abschiebungshaft – Abs. 3	175
§ 4 Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (Krauß)	176
I. Geltende Fassung	177
II. Normzweck	177
1. Das Grundkonzept des Gesetzgebers	177
2. Die verfassungsrechtliche und europarechtliche Problematik	178
III. Berechtigter Personenkreis	185
IV. Umfang der Versorgung	186
1. Behandlung akuter Erkrankungen	186
2. Behandlung von Schmerzzuständen	190
3. Versorgung mit Zahnersatz	190
4. Leistungen wegen Schwangerschaft und bei Entbindung	191
5. Leistungen zur Verhütung und Früherkennung von Krankheiten	191
6. Sonstige Leistungen	192
V. Kenntnis der Behörde vom Leistungsfall	193
VI. Sicherstellung der Versorgung durch die Behörde	194
§ 5 Arbeitsgelegenheiten (Siefert)	197
I. Geltende Fassung	198
II. Normzweck	199
III. Ausgestaltung der Arbeitsgelegenheit	200
1. Adressaten der Regelung und Einsatzort	200
2. Zuweisung des Leistungsberechtigten	202
3. Gegenleistung und Wegfall der Zusätzlichkeit	203
4. Zumutbarkeit und Umfang der Arbeitsgelegenheit	205
5. Pflicht zur Aufnahme der Arbeitsgelegenheit	207
6. „Ablehnung“ einer Arbeitsgelegenheit	208
7. Rechtsfolgen einer unberechtigten „Ablehnung“	209

Inhaltsverzeichnis

8. Arbeitsrecht und Arbeitsschutz	211
9. Entschädigung	213
§ 5a (aufgehoben) (Siefert)	214
§ 5b Sonstige Maßnahmen zur Integration (Siefert)	214
I. Geltende Fassung	215
II. Normzweck	215
III. Erfasster Personenkreis	217
IV. Teilnahmepflicht	218
V. Pflichtwidriges Verhalten	218
VI. Leistungsrechtliche Konsequenzen	219
VII. Datenerhebung	220
VIII. Rechtsschutz	221
§ 6 Sonstige Leistungen (Krauß)	222
I. Geltende Fassung	223
II. Normzweck	223
1. Öffnungsklausel im pauschalierten Leistungssystem	223
2. Besondere Schutzbedürftigkeit nach europa- und völkerrechtli- chen Vorgaben	225
III. Berechtigter Personenkreis	227
IV. Ungedeckte Bedarfslagen iSd Abs. 1 Satz 1	228
V. Sonstige Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	232
1. Leistungen zur Deckung der physischen Existenz	232
2. Leistungen für soziale Teilhabebedarfe	235
VI. Sonstige Leistungen zur Sicherung der Gesundheit	237
VII. Sonstige Leistungen zur Deckung besonderer Bedürfnisse bei Kin- dern	240
VIII. Sonstige Leistungen zur Erfüllung einer Mitwirkungspflicht	242
IX. Leistungserbringung als Sachleistung	243
X. Leistungsberechtigte mit Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG (Abs. 2)	244
§ 6a Erstattung von Aufwendungen anderer (Krauß)	244
I. Geltende Fassung	245
II. Normzweck	245
III. Die Voraussetzungen des Erstattungsanspruchs	247
IV. Die Geltendmachung des Erstattungsanspruchs	250
§ 6b Einsetzen der Leistungen (Krauß)	251
I. Geltende Fassung	251
II. Normzweck	251
III. Begriff der Kenntnis	253
§ 7 Einkommen und Vermögen (Krauß)	255
I. Geltende Fassung	256
II. Normzweck	258
III. Erfasster Personenkreis	260
IV. Einkommensberücksichtigung	264
1. Begriff des Einkommens	264
2. Absetzbeträge von Einkommen	268
V. Einsatz von Vermögen (Abs. 1 Satz 1, Abs. 5)	271

Inhaltsverzeichnis

VI. Kostenerstattung (Abs. 1 Satz 3)	274
VII. Überleitung von Ansprüchen (Abs. 4)	276
§ 7a Sicherheitsleistung (Dollinger)	277
I. Geltende Fassung	277
II. Normzweck	278
1. Nationale Sicht	278
2. Unionsrechtliche Sicht	278
III. Gesetzliche Systematik	278
IV. Anordnung der Sicherheitsleistung	279
1. Gesetzlicher Tatbestand	279
2. Rechtsfolgenentscheidung	283
V. Vollstreckung der Sicherheitsleistung	283
1. Vereinfachtes Vollstreckungsverfahren	283
2. Unmittelbarer Zwang	284
§ 8 Leistungen bei Verpflichtung Dritter (Dollinger)	285
I. Geltende Fassung	285
II. Normzweck	286
1. Nationale Sicht	286
2. Unions- und völkerrechtliche Sicht	287
III. Gesetzliche Systematik	288
IV. Abs. 1 Satz 1 – Leistungsnachrang nach dem AsylbLG	288
1. Leistungen nach diesem Gesetz	288
2. Erforderlicher Lebensunterhalt	289
3. Anderweitige Bedarfsdeckung	289
4. Rechtsfolgenentscheidung	292
V. Abs. 1 Satz 2 – Ausnahmen vom Leistungsnachrang des AsylbLG trotz Verpflichtungserklärung	292
1. Kosten für Leistungen im Krankheitsfall, bei Behinderung und Pflege	292
2. Landesrechtsvorbehalt	292
3. Rechtsfolgenentscheidung	293
VI. Abs. 2 – Zuschüsse aus dem AsylbLG an Garantiegeber nach Ermessen	293
1. Verpflichtungserklärung des Garantiegebers	294
2. Leistungsberechtigter nach § 1 Abs. 1	294
3. Außergewöhnliche Umstände in der Person des Garantiegebers ..	294
4. Rechtsfolgenentscheidung und Rechtskontrolle	295
§ 8a Meldepflicht (Siefert)	295
I. Geltende Fassung	296
II. Normzweck	296
III. Arbeitsmarktzugang von Asylleistungsberechtigten	296
1. Asylleistungsberechtigte in Aufnahmeeinrichtungen	296
2. Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten	298
3. Sonstige Asylbewerber/Geduldete	298
4. Anerkannte Flüchtlinge/subsidiär Schutzberechtigte	299
IV. Meldepflichtige Personen	300
V. Meldeereignisse	300
VI. Zeitpunkt und Inhalt der Meldung	301

Inhaltsverzeichnis

VII. Verstoß gegen die Meldepflicht	301
§ 9 Verhältnis zu anderen Vorschriften (Siefert)	301
I. Geltende Fassung	302
II. Normzweck	303
III. Leistungsausschluss – Abs. 1	303
IV. Leistungen anderer – Abs. 2	305
1. Allgemeines	305
2. Leistungen anderer	305
3. Träger von Sozialleistungen	305
4. Länder im Rahmen ihrer Pflicht nach § 44 Abs. 1 AsylG	306
V. Regelungen nach dem SGB I – Abs. 3	306
VI. Regelungen nach dem SGB X – Abs. 4	309
1. Allgemeines	309
2. § 44 SGB X	310
3. §§ 45, 48, 50 SGB X	311
4. Auskunftspflicht § 99 SGB X	311
5. Erstattungsansprüche der Leistungsträger untereinander (§§ 102– 114 SGB X)	311
VII. §§ 117, 118, § 120 SGB XII	312
§ 10 Bestimmungen durch Landesregierungen (Siefert)	312
I. Geltende Fassung	313
II. Normzweck	313
III. Unmittelbare Zuständigkeit (Satz 1)	314
1. Ermächtigungsadressaten	314
2. Inhalt der Ermächtigung	314
IV. Subdelegation (Satz 2)	314
V. Ausführungsgesetze und Zuständigkeiten	314
1. Baden-Württemberg:	315
2. Bayern:	315
3. Berlin:	315
4. Brandenburg:	315
5. Bremen:	316
6. Hamburg:	316
7. Hessen:	316
8. Mecklenburg-Vorpommern:	316
9. Niedersachsen:	317
10. Nordrhein-Westfalen:	317
11. Rheinland-Pfalz:	317
12. Saarland:	318
13. Sachsen:	318
14. Sachsen-Anhalt:	318
15. Schleswig-Holstein:	318
16. Thüringen:	319
§ 10a Örtliche Zuständigkeit (Siefert)	319
I. Geltende Fassung	320
II. Normzweck	320
III. Grundsatz (Abs. 1 Satz 1 und 2)	321
IV. Auffang- und erweiterte Zuständigkeit (Abs. 1 Satz 3 und 4)	324

Inhaltsverzeichnis

V. Zuständigkeit für Leistungen in Einrichtungen (Abs. 2)	325
1. Grundaussage der Regelung	325
2. Einrichtungsbegriff	326
3. Wechsel der Einrichtung (Abs. 2 Satz 2)	327
4. Vorläufiges Eintreten/Eilfall (Abs. 2 Satz 3)	328
5. Einrichtungen zum Vollzug richterlich angeordneter Freiheitsentziehung (Abs. 2 Satz 4)	329
VI. Gewöhnlicher Aufenthalt (Abs. 3)	330
1. Legaldefinition des gewöhnlichen Aufenthalts (Abs. 3 Satz 1)	330
2. Fiktionen (Abs. 3 Satz 2–6)	330
§ 10b Kostenerstattung zwischen den Leistungsträgern (Siefert)	332
I. Geltende Fassung	332
II. Normzweck	332
III. Erstattungsanspruch des vorläufig Eingetretenen (Abs. 1)	333
1. Voraussetzung für einen Erstattungsanspruch	333
2. Umfang des Erstattungsanspruchs	333
IV. Erstattungsanspruch bei Verbleiben am Einrichtungsort (Abs. 2) ..	334
1. Voraussetzung für einen Erstattungsanspruch	334
2. Umfang des Erstattungsanspruchs	334
3. Frist zur Geltendmachung des Erstattungsanspruchs	335
§ 11 Ergänzende Bestimmungen (Dollinger)	335
I. Geltende Fassung	337
II. Normzweck	339
1. Nationale Sicht	339
2. Unionsrechtliche Sicht	340
III. Gesetzliche Systematik	341
IV. Rückführungs- und Weiterwanderungsprogramme – Abs. 1	342
1. Adressaten (= Leistungsberechtigte)	342
2. Hinweispflicht	342
3. Hinwirkungspflicht	343
4. Leistungen der Rückführungs- u. Weiterwanderungsprogramme ..	343
5. Rechtsfolgenentscheidung	343
V. Leistungen bei Verletzung des Binnen- wanderungsverbots – Abs. 2	344
1. Leistungsberechtigte	344
2. Asyl- oder ausländerrechtliche Aufenthaltsbeschränkung	344
3. Asyl- und ausländerrechtliche Wohnsitzauflage	345
4. Abweichender tatsächlicher Aufenthaltsort	347
5. Reisebeihilfe zur unabweisbaren Bedarfsdeckung	347
6. Rechtsfolgenentscheidung	348
VI. Leistungen vor Ausstellung eines Ankunfts nachweises – Abs. 2a ...	349
1. Grundsatz: Eingeschränkte Leistungen vor ausgestellttem Ankunfts- nachweis	349
2. Ausnahme: Volle Regelleistungen vor Ausstellung des Ankunfts- nachweises	350
3. Vertretenmüssen des fehlenden Ankunfts nachweises	351
4. Rechtsfolgenentscheidung	351
VII. Allgemeiner Datenabgleich mit der Ausländerbehörde – Abs. 3 ..	352
1. Betroffener Personenkreis	352

Inhaltsverzeichnis

2. Leistungsbehörde und Ausländerbehörde	352
3. Daten, die übermittelt und abgeglichen werden dürfen	352
4. Datenabgleich, Datenänderung und Automatisierung	353
5. Absatz 3 und Datenschutz	353
6. Rechtsfolgenentscheidung	353
VIII. Ergänzender Abgleich und Datenerfassung bei Identitätszweifeln – Abs. 3a	354
1. Tatbestand	354
2. Binnensystematik	354
3. Kein abweichendes Landesrecht	355
4. Bewertung	355
IX. Verarbeitung der Identifikationsnummer (Abs. 3b)	355
X. Verfahrensrechtliche Regelungen (Abs. 4)	356
1. Regelungsgehalt	356
2. Absatz 4 Nr. 1	356
3. Absatz 4 Nr. 2	357
§ 12 Asylbewerberleistungsstatistik (Dollinger)	357
I. Geltende Fassung	360
II. Normzweck	360
1. Nationale Sicht	360
2. Unionsrechtliche Sicht	361
III. Gesetzliche Systematik	362
IV. Bundesstatistik nach Empfänger und Aufwand (Abs. 1)	362
V. Erhebungs-(haupt-)merkmale (Abs. 2)	362
VI. Erhebungs-(hilfs-)merkmale (Abs. 3)	363
VII. Erhebungszeiträume (Abs. 4 und Abs. 5)	363
VIII. Auskunftspflichten (Abs. 6)	364
IX. Gemeindebezogene Veröffentlichung (Abs. 7)	364
§ 13 Bußgeldvorschrift (Siefert)	364
I. Geltende Fassung	365
II. Normzweck	365
III. Tatbestand (Abs. 1)	365
IV. Rechtsfolge (Abs. 2)	366
§ 14 Dauer der Anspruchseinschränkung (Siefert)	367
I. Geltende Fassung	367
II. Normzweck	367
III. Anspruchseinschränkung 6 Monate (Abs. 1)	368
IV. Anspruchseinschränkung über 6 Monate hinaus (Abs. 2)	369
§ 15 Übergangsregelung zum Zweiten Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht (Krauß)	370
I. Geltende Fassung	370
II. Normzweck	371
III. Inhalt der Norm	371
1. Der begünstigte Personenkreis	372
2. Die Rechtsfolge	372
§ 16 Sofortzuschlag (Siefert)	374
I. Geltende Fassung	374

Inhaltsverzeichnis

II. Normzweck	374
III. Anspruchsberechtigter Personenkreis	374
§ 17 Einmalzahlung für den Monat Juli 2022 (Siefert)	375
I. Geltende Fassung	375
II. Normzweck	376
III. Anspruchsvoraussetzungen und Rechtsfolge	376
§ 18 Übergangsregelung für Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes oder entsprechender Fikti- onsbescheinigung (Dollinger)	376
I. Geltende Fassung	377
II. Normzweck	377
III. Norminhalt	378
§ 19 Einmalzahlung für Kinder (Siefert)	378
I. Geltende Fassung	378
II. Normzweck	379
III. Anspruchsvoraussetzungen und Rechtsfolge	379
§ 20 Übergangsregelung für die Änderung der Dauer des Grund- leistungsbezuges (Krauß)	379
I. Geltende Fassung	380
II. Normzweck	380
III. Inhalt der Norm	380
Sachverzeichnis	383